Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 12. Beauftragt mit der Herausgabe Hofrat Doenges in Dresden. **1917.**

37. ordentlicher Landtag.

II. Kammer.

Fortsetzung der Sitzung vom 5. Dezember.

Abg. **Günther** (fortschr. Vp.):

Was am meisten jetzt in der Vorlage interessiert, ist der Titel 6 im außerordentlichen Haushalt, den Erwerb der Elbzentrale Pirna betreffend. Die Besprechungen über diese Frage, die im Finanzministerium vor einigen Monaten mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Zweiten Kammer stattgefunden haben, haben ergeben, daß im allgemeinen die Auffassung bestand, den Ankauf der Elbzentrale abzulehnen. Die Elbzentrale war von Haus aus ein vollständig unrentables Unternehmen. (Hört, hört!) Das von der Elbzentrale versorgte Gebiet ist zum großen Teile landwirtschaftlich. Man hatte ein krankes Kind ins Leben gerufen. Das dürfte wohl auch einer der Gründe mit gewesen sein, weshalb der Elbtal-Elektrizitätsverband und die Gemeinden nicht mehr Aktien übernahmen, als das tatsächlich geschehen ist. Es handelt sich um eine höchst ungünstig arbeitende Anlage, aus der bis zum heutigen Tage auch noch nicht ein Pfennig Dividende herausgewirtschaftet worden ist. Man darf sich durch die Schönfärberei in der Begründung des Dekrets Nr. 7 nicht beeinflussen lassen. Es muß ausgesprochen werden, man sieht hier vor Manipulationen, die jeden soliden Kaufmann empören müssen (Sehr richtig!), und ich muß mich wundern, daß der Landes-Elektrizitätsrat sich nicht mit dieser Frage beschäftigt hat. Das muß ich annehmen, denn sonst hätte er nicht für den Ankauf eines solchen unrentabel arbeitenden Geschäftsunternehmens eintreten können. Die ganz ungenügenden Abschreibungen sollten eben einer günstig erscheinenden Bilanz dienen. Nach meiner Berechnung hätte man 224 600 M. statt 30 000 M. abschreiben müssen. Auch die Geschäftsjahre 1915 und 1916 schließen mit Verlust ab, wenn man die Abschreibungen ordnungsmäßig vornimmt. Von einem Reingewinn von rund 255 000 M. für 1915, wie er in der Bilanz aufgeführt ist, kann gar keine Rede sein, das ist ein Phantom, was man hier führt. Ebenso ist in der Bilanz für 1916 ein Gewinn von 275 260 M. eingestellt, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war. Bei meinen Berechnungen habe ich die Elektrizitätsmesser, Werkstatteinrichtungen, Inventarien, Fahrzeuge und den Gleisanschluß nicht berücksichtigt. Wenn auch auf diese Anlagewerte noch Abschreibungen vorgenommen werden, was selbstverständlich ist, dann würde der Verlust noch viel größer sein.

Das Königl. Finanzministerium macht nun den Vorschlag, die Aktien der finanziell höchst ungünstig arbeitenden Elbtalzentrale, soweit sie sich im Besitze der Elektrizitätslieferungsgesellschaft Berlin befinden, das sind 3542 Stück, mit einem Aufgeld von 25 Proz., und die 548 Aktien, die sich im Besitze des Elbtalelektrizitätsverbandes und ihrer Mitglieder, der Gemeinden usw. befinden, mit einem Aufgeld von 55 Proz. über den Nennwert hinaus zu erwerben. (Abg. Schwager: Ein feines Geschäft!) Ja ein sehr feines Geschäft, und ich möchte nur den Herren empfehlen, persönlich solche Geschäfte zu machen. Ob Sie darauf eingehen würden, ist eine andere Frage. Den Aktionären, den Gemeinden würde also ein Kursgewinn von 885 000 M. und 802 000 M., also zusammen 1 687 000 M. zufließen. Man hätte nicht allein das volle Aktienkapital aus einem mit Verlust, mindestens ohne Gewinn arbeitenden Unternehmen gerettet, nein, man bekäme im Durchschnitt über 35 Proz. Aufgeld. Dabei würden auch noch 70 840 M. für Gründungskosten zurückerstatten sein, die wären also auch noch dabei gerettet worden. Das Finanzministerium hätte schon seit längerer Zeit erkennen müssen, welche Bedeutung es für die Aktiengesellschaft sowohl als auch für die Gemeinden haben muß, ihre unrentable Elbtalzentrale noch für einen angemessenen Preis an den Staat zu verkaufen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil des Anlagekapitals zu retten. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint man aber die Verhandlungen nicht geführt zu haben. Es macht überhaupt den Eindruck, als ob die Kaufverhandlungen mit sehr wenig Geschick geführt worden seien.

Was über den Wert des Unternehmens dargelegt wird, scheint uns noch nicht von der Dringlichkeit des Ankaufs zu überzeugen. Wenn da berechnet wird, daß in jedem Falle der Bedarf an elektrischem Strome zum Wiederaufbau der Friedenswirtschaft sehr beträchtlich sein wird, so wünschten wir, daß es so käme. Aber wir sind anderer Meinung. Ebenso scheint man auf seiten der jetzigen Aktienbesitzer diese Auffassung nicht zu teilen. Die Regierung sagt auf Seite 31 der Begründung, daß der als Kaufpreis sich ergebende durchschnittliche Aktienkurs von über 135 Proz. als verhältnismäßig hoch erscheine und der voraussichtlichen Entwickelung um einige Jahre vorauseile. Ja, wenn das die Ansicht des Königl. Finanzministeriums ist, dann verstehe ich die Frage nicht, warum so ungestüm an die Erwerbung eines Unternehmens heranzugehen, das in absehbarer Zeit keinen beachtlichen Gewinn ergeben dürfte.

Die Auffassung der Regierung, als sei die Übernahme der Elbtalzentrale schon um deswillen nötig, um als erster auf dem Markte zu erscheinen, wenn es sich nach Friedensschluß darum handeln wird, den Ansprüchen auf Stromlieferungen schnell zu genügen, scheint sich nicht mit den zu erwartenden Verhältnissen im Einklange zu befinden. Nach Friedensschluß werden die Rüstungs- und Munitionsindustrie so schnell als möglich eingeschränkt und überhaupt stillgelegt werden. Deshalb wird auch der Strombezug in großem Umfange nachlassen. Die Umsetzung in die Friedenswirtschaft wird bei vielen Industriezweigen langsam vor sich gehen. Alles hängt davon ab, in welchem Umfange die Rohstoffe beschafft und verteilt werden. Mit Ersatzstoffen wird man ungern weiterarbeiten. Je länger der Krieg noch dauern wird, um so schwieriger und zeitraubender wird der Übergang zur Friedenswirtschaft und sein Ausbau durchzuführen sein. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Unter solchen Verhältnissen darf sich der sächsische Staat nicht mit größeren Mitteln in einem Unternehmen festlegen, für das von vornherein andere Verhältnisse als die von mir geschilderten die Voraussetzung bilden sollten. Wir müssen verhüten, daß sich der Staat etwa mit Ausgaben belastet, die das Elektrizitätsunternehmen künstlich verteuern und schließlich zu einer Belastung der Steuerzahler führen müssen. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Wir können dem Königl. Finanzministerium nur dringend ans Herz legen, namentlich in der jetzigen Zeit, wo wir noch gar nicht wissen, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, äußerst vorsichtig bei der Festlegung staatlicher Mittel vorzugehen. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Man liebäugelt ja jetzt schon mit einer Erhöhung des Strompreises. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wenn sich einst die verschiedenen Privatunternehmungen alle in den Händen des Staates befinden werden, dann sind wir natürlich gezwungen, die Preise zu akzeptieren, welche die Leitung des staatlichen Elektrizitätsunternehmens der Bevölkerung diktiert. Wir sehen es ja, wie mit den Personentarifen verfahren wird! (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Zweifellos ist es ja auffällig, daß sowohl die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin als auch die mit ihr liierten Gesellschaften ihre unrentablen Unternehmungen abstoßen. Diese Tatsache sollte uns doch zu der größten Vorsicht mahnen. Man sollte mit dem Ankauf derartiger Werke bis nach dem Kriege warten und in den Fällen, wo Strom gebraucht wird, sich ihn vertraglich sichern. Wenn man berechnet, was für ein Aufgeld hier bezahlt werden soll, dann hat es der Staat auch nach Friedensschluß immer noch in der Hand, wenn die Konkurrenz der großen Unternehmungen, die elektrische Werke bauen, wieder in die Erscheinung treten wird, die uns günstigste Offerte für die Erbauung derartiger Anlagen sich herauszusuchen und danach seine Dispositionen zu treffen. Der Weg, den der Hr. Finanzminister gehen will, scheint uns doch sehr bedenklich zu sein, und darum möchten wir uns also unsere Entschließung nach dieser Richtung hin noch vorbehalten. (Bravo! bei der fortschr. Vp.)

Abg. **Nitzsche**-Dresden (soz.):

Wenn das Werk durch den Staat erworben werden soll, wenn es in Zukunft ein großes Reservewerk des Staatsunternehmens werden soll, kommt es wohl nicht so sehr darauf an, wie früher gewirtschaftet worden ist, ja nicht einmal, welche Erträge und unter welchen Verschiebungen diese Erträge herausgewirtschaftet worden sind; denn dann hat doch das Werk schließlich eine ganz andere Bedeutung als seither. Es ist vielmehr die Frage in den Vordergrund zu rücken, ob dieses Werk technisch den Anforderungen entspricht. Ich will aber dieses Gebiet nicht weiter beschreiten. Ich will nur sagen, daß es mir auch unbedingt notwendig erscheint, die Preisfrage zu prüfen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es für die staatliche Unternehmung äußerst wichtig ist, zu verhüten, daß man sie mit zu viel Kapital belastet, daß man zu viel Kapital investiert und sich auf diese Weise mit Verpflichtungen belastet, die auf den Strompreis natürlich äußerst ungünstig einwirken können, und damit auch das ganze staatliche Unternehmen erschweren oder gar lahmlegen können. Auch hier muß man in erster Linie vom technischen Standpunkt ausgehen. Wenn man sich lediglich auf Regierungstechniker verlassen will, so kann man nicht auf Objektivität rechnen, denn sie haben sich schon so in den Gedanken hineingelebt, das Werk unter allen Umständen zu erwerben, daß sie sich eben von diesem Bestreben in der Hauptsache leiten lassen. Es muß ein Sachverständiger gehört werden, der dem ganzen Ankauf, dem ganzen staatlichen Unternehmen vollständig fernsteht, der aber natürlich auch keinerlei Voreingenommenheit gegen dieses Unternehmen hat.

Wir sind durchaus bereit, alles zu bewilligen, was notwendig ist, um das staatliche Unternehmen zu fördern und auf die Höhe zu bringen, und auch alles zu tun, um nach dieser Richtung hin zu wirken. Freilich einiges, was uns bisher von der Regierung mitgeteilt worden ist, ist nicht gerade geeignet, besonders ermutigend zu wirken. So hat uns der schon erwähnte Fehlbetrag in Titel 5 von rund 1½ Mill. M. für die zweijährige Periode wohl alle etwas unangenehm überrascht. Jedenfalls ersehen wir aus diesem Fehlbetrage doch, daß das Unternehmen sich nicht so glatt wird durchsetzen können, als man es bei den früheren Beratungen angenommen hat. Hinsichtlich der Karbidwerke, die sich in der Nähe des staatlichen Elektrizitätswerkes ansiedeln wollen oder werden, möchte ich doch davor warnen, durch dieses Spekulieren sich etwa von dem eigentlichen Zwecke des staatlichen Unternehmens etwas ableiten zu lassen. Es ist nicht und kann nicht der Zweck eines staatlichen Unternehmens in irgendeiner Ecke Sachsens sein, Strom zu erzeugen und ihn an danebenliegende, vielleicht neu herbeigerufene Industrieunternehmungen abzugeben, die wohl sehr starken Verbrauch an Strom haben, aber anderseits doch verhältnismäßig wenig Arbeitsgelegenheit bieten.

Abg. **Freuzel** (kons.)

geht zunächst auf die Vorgeschichte der Errichtung der Überlandzentrale in Pirna ein.

Daß die Errichtung dieser Überlandzentrale ein großer Segen für den Bezirk gewesen ist, hat sich gerade während des Krieges in eminentester Bedeutung herausgestellt. Die Aktien selbst sind, wie aus dem Dekret hervorgeht, zu 135 Proz. zu übernehmen. Es ist gesagt worden, dieser Preis sei viel zu hoch. Ich will nicht bestreiten, daß man momentan diese Empfindung haben kann. Aber es ist doch nicht ganz so. Man muß auch bedenken, daß sich das Werk inzwischen sehr gut entwickelt hat, und daß wir wahrscheinlich am Ende dieses Jahres im Pirnaer Werke eine Elektrizitätsabgabe von über 18 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen haben werden. Das ist gewiß eine ganz hervorragende Ziffer, die sich sehen lassen kann in Anbetracht der kurzen Zeit, die das Werk besteht. Natürlich kann ein Werk, das noch nicht allzu lange besteht, namentlich ein Elektrizitätswerk mit Überlandzentrale, nicht in den ersten Jahren große Überschüsse machen. Ein Elektrizitätswerk, mag es ein städtisches sein oder eine Überlandzentrale, hat gewisse Kinderkrankheiten durchzumachen, und auch dieses Werk hat seine Kinderkrankheiten durchgemacht, hat sie aber hinter sich und ist jetzt in der Verfassung, wo es anfängt, Gewinn abzuwerfen. (Abg. Günther widerspricht.)

Zu dem Vertrag des Staatsfiskus mit dem Elektrizitätsverband Pirna selbst möchte ich einige Bedenken äußern. Es ist dort gesagt, daß die Dividenden des Unternehmens der letzten drei Jahre, der Jahre 1915, 1916 und 1917, nicht ausgezahlt werden dürfen, daß der Staat berechtigt ist, die ausgezahlten Beträge von dem Kaufpreis zu kürzen. Ich habe gegen diese Bestimmung erhebliche Bedenken, weil sie den Betrag, der auf die Gemeinden bei Übernahme der Aktien kommen wird, ganz erheblich herabsetzen wird und muß. Redner führt dies aus.

Wegen der Abschreibungen ist dann Kritik geübt worden, und zwar meines Erachtens durchaus mit großem Rechte. Dann hat der Hr. Kollege Günther im Gegensatz zu meiner Auffassung gemeint, die Gemeinden würden einschließlich des Gemeindeverbandes bei diesem Ankauf durch den Staat ein so großes Geschäft machen (Abg. Günther: Glänzendes Geschäft), daß sie noch über 100 000 M. verdienen. Davon kann absolut keine Rede sein. Zur Erhöhung der Strompreise möchte ich bemerken, daß bei diesem Unternehmen die Frage gar nicht berührt werden kann, weil bis zum Jahre 936 die Konzessionsverträge schon festgelegt sind, daß unter gewissen Voraussetzungen diese verlängert sind bis zum Jahre 1960, und ein späterer Zeitraum eine gewisse Erleichterung den Gemeinden gegenüber vorsieht. Der Hr. Kollege Günther hat gemeint, es wäre besser, die Sache würde jetzt verschoben bis nach dem Kriege. Ich gebe ihm in dieser Richtung vollkommen recht.

Da die Verhandlungen in der Deputation wohl vor Weihnachten nicht werden abgeschlossen sein, wird der Gemeindeverband in die Lage kommen, sich nach Geld umsehen zu müssen, um am 2. Januar die Aktien übernehmen zu können. Für diesen Fall möchte ich an die Staatsregierung die Bitte richten, den Gemeinden mit Geld unter die Arme zu greifen. (Bravo! rechts.)

Sekretär Dr. **Schanz** (kons.):

Ich möchte im Namen einer großen Anzahl meiner politischen Freunde ausführen, daß wir dem Ankauf der Elbtalzentrale Pirna auch nicht mit ganz besonderer Freude gegenüberstehen. Dieser Ankauf ist unserer Überzeugung nach nicht die Fortsetzung der Elektrizitätspolitik, die wir bisher eingeschlagen haben (Sehr richtig!), sondern wir verlassen ganz im Gegenteil den Weg, den wir eigentlich in den Richtlinien in den bisherigen Verhandlungen eingeschlagen haben. Wir haben uns bisher darauf beschränkt, dem Staate nicht die Wege zu ebnen zu einem Elektrizitätsmonopol für das ganze Königreich Sachsen, sondern dafür, daß der Staat die Elektrizitätsversorgung im großen übernimmt, um die Elektrizität billig herstellen zu können und dann an die Gemeinden abgibt, damit die Verteilung durch die Gemeinde erfolge. Wenn der Staat nunmehr die Elbtalzentrale in Pirna ankauft, kauft er mit dem bestehenden Werk die gesamten Verteilungsleitungen an und damit geht er über den Rahmen des bisher Grundsätzlichen hinaus. Dies erregt unsere Bedenken. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Als naturnotwendige Konsequenz wird kommen, daß immer und immer wieder an den Staat von jedem notleidenden Elektrizitätswerk die Forderung gestellt wird, daß er nunmehr dieses Elektrizitätswerk übernimmt. (Sehr richtig!)

Aufgefallen ist mir in der Denkschrift des Dekrets Nr. 7, daß die Elbtalzentrale sich mit dem Wertverminderungsfonds recht merkwürdig benommen hat. Gerade ein neugegründetes Unternehmen, das mit neuen Maschinen arbeitet, das im Vollbewußtsein seiner Kraft arbeitet, das ist doch eigentlich dazu angetan, an die Abschreibungen möglichst kräftig heranzugehen. (Sehr richtig!) Weiter hat die Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke herausgerechnet, daß schon nach Verlauf weniger weiterer Jahre ein Reinertrag erzielt werden soll, der einem Kurswert der Aktien von 140 mit einer 5prozentigen Verzinsung entspricht. Das hat mir recht herzlich leid getan, ich hätte gewünscht, daß die Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke ihr Konto nicht mit einem derartigen Wechsel auf die Zukunft belastet hätte; denn das ist mir klipp und klar: die Sache wird anders (Zuruf: Die Sache wird schon schief gehen!), die Sache geht ganz gründlich schief. (Sehr richtig!) Mir liegt daran, daß die Elektrizitätsversorgung geordnet und gut durchgeführt wird, ob sie die 5 Proz. bringt oder nicht, ist nebensächlich. Aber man wird später den künftigen Arbeiten der Direktion mit sehr großem Mißtrauen entgegentreten.

Meine politischen Freunde haben auch Bedenken gegen die Höhe des Preises, der für die Aktien gezahlt worden ist. Man muß nicht nur das berücksichtigen, was uns das Werk einmal werden kann, sondern man muß auch das berücksichtigen, was das Werk bisher gewesen ist (Sehr richtig! bei der fortschrittl. Volkspartei), denn lediglich auf diesem Unterbau ist die spätere Entwickelung durchzuführen. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich möchte noch ausdrücklich hervorheben, daß wir, meine politischen Freunde und ich, die Sache auch dann nicht ablehnen wollen, wenn sich herausstellt, daß sie nicht so gut ist, wie sie in der Denkschrift dargestellt worden ist. Uns liegt nicht in erster Linie daran, hier einen möglichst großen Profit herauszuschlagen, sondern uns liegt in erster Linie daran, daß möglichst bald das, was durch die staatliche Elektrizitätsversorgung für unser Königreich Sachsen Gutes geschaffen werden soll, durchgeführt wird. (Abg. Günther: Zu angemessenem Preise!) (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Böhme** (kons.):

Ich stehe auf einem anderen Standpunkte wie der Vorredner. Der Abg. Günther hat hier Ausführungen ganz unrichtiger Art gemacht. (Abg. Günther: Nach Ihrer Ansicht!) Die Bilanz ist nicht aufgebessert worden, damit der Kurs gehalten werden kann, damit er überhaupt eine Rechtfertigung findet, und damit nach außen hin der Eindruck erweckt wird, das Werk wäre nicht unrentabel. Ein Interesse am Kurs ist nicht vorhanden, weil die Aktien noch gar nicht an der Börse sind. Redner führt das des näheren aus. Der Stadtbaurat Wahl, der Leiter der Dresdner Elektrizitätswerke, hat den Kurs, der gezahlt wird, für viel zu niedrig gehalten, und er steht heute noch auf diesem Standpunkte. Darüber läßt sich streiten.

Auch mein Hr. Kollege Dr. Schanz ist auf dem falschen Wege, wenn er meint, der Staat hätte mit der ganzen Planung den Weg verlassen, den er in seinem ersten Projekte uns vorgelegt hat. Keineswegs. Er sieht das Verlassen des Weges darin, daß der Staat hier direkt an die Gemeinden liefert. Der Staat greift aber hier keineswegs in die Selbständigkeit der Gemeinden ein.

Der Hr. Kollege Günther hat weiter gesagt, der Preis wäre viel zu hoch. Ich will nur bemerken, daß es ganz falsch ist, den Preis in der Weise zu berechnen, wie man den Preis einer an der Börse stehenden Aktie eines alten Unternehmens berechnet. Hier handelt es sich um den Ankauf eines Werkes, das noch in den Anfängen steht, das jetzt erst nach ungefähr 4½ Jahren anfängt, zu verdienen.

Nach einer Entgegnung des Abg. Günther (fortschr. Vp.) auf diese Ausführungen erwidert Abg. Böhme (kons.) nochmals.

Ministerialdirektor Geh. Rat **Just**
(nach den stenographischen Niederschriften):

M. H.! Die Regierung wird in der Deputation Gelegenheit haben, auf die verschiedenen Fragen näher einzugehen, die heute zu dem Haushaltsplane des staatlichen Elektrizitätsunternehmens im Laufe der Debatte gestellt worden sind, und auch die verschiedentlichen Einwendungen zu widerlegen, die gegen den Ankauf der Elbtalzentrale Pirna hier geltend gemacht worden sind. Nur auf einige wenige Punkte möchte ich mir gestatten, unerwartet der Deputationsberatungen schon jetzt einzugehen.

Der Hr. Abg. Gleisberg hat darauf Bezug genommen, daß nach der Vorbemerkung des Haushaltsplans im Durchschnitt der Jahre 1918 und 1919 voraussichtlich 60 Mill. KWh abzugeben sein werden, und daß nach der Erläuterung zu Titel 1 des ordentlichen Haushaltsplanes für diese Stromabgabe mit einer gemeinjährigen Einnahme von 2223000 M. zu rechnen ist. Er hat hieraus berechnet, daß ein durchschnittlicher Strompreis von 3,7 Pf. herauskommt, und hat erklärt, daß dieser Strompreis recht hoch wäre, und daß bei einem so hohen Strompreise weitere Anschlüsse an das staatliche Elektrizitätsunternehmen in recht weiter Ferne zu stehen schienen.

Ja, wenn die 3,7 Pf. der Großverkaufspreis für den Strom wäre, so könnte der Hr. Abg. Gleisberg vielleicht recht haben, aber diese 3,7 Pf. sind nicht der Großverkaufspreis, sondern ein Durchschnitt zwischen Großverkaufspreis und Kleinverkaufspreis, denn in den Einnahmen, wie sie bei Titel 1 eingestellt sind, sind nicht bloß die Großverkaufseinnahmen, sondern auch die Einnahmen aus dem Kleinverkauf von elektrischem Strom in dem Oberlausitzer Netz berücksichtigt, sodaß sich also der Großverkaufspreis wesentlich niedriger stellen wird als 3,7 Pf.

Sodann hat Hr. Abg. Gleisberg vermißt, daß in dem Haushaltsplane des Elektrizitätsunternehmens nichts über den Stand der Arbeiten betreffend die Braunkohlenvergasung gesagt sei. Der Haushaltsplan des Elektrizitätsunternehmens ist aber nicht der richtige Ort für eine derartige Auskunft. Die Braunkohlenvergasung gehört vielmehr zu Kap. 12 des allgemeinen Staatshaushalts, und bei der Beratung dieses Kapitels wird die Regierung gern über den Stand dieser Angelegenheit Auskunft geben.

Weiter hat der Hr. Abg. Gleisberg sein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß Se. Exzellenz der Hr. Finanzminister gesagt habe: Wenn man die Zinsen, die als Ausgabe im ordentlichen Etat des Elektrizitätsunternehmens eingestellt worden sind, außer